Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hasbach, Wilhelm: Die Reform des englischen Parlaments : (Schluß.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Die Reform des englischen Parlaments.

Von Wilhelm Hasbach.

(Schluß.)

Senden wir uns von diesen Gedanken und Bestrebungen, die, so kräftig sie auch vertreten werden, wenn überhaupt, gewiß erst in weiter Ferne auf Verwirklichung hoffen dürfen, zu einer nüchterneren Reform, für die man sich überall im Lande regt, um auf das Kabinet einen Druck auszuüben. Wir meinen die Gleichstellung des Wahlcensus für Grafschaft und parliamentary borough. Die Reformbill von 1867 hat die Kluft zwischen beiden nicht überbrückt. Im borough hat der mündige Bewohner (Besitzer oder Mieter) eines Hauses eine Stimme, sofern er im Jahre vor dem 15. Juli Armensteuer bezahlt hat, der Aftermieter, wenn die Miete der unmöblirten Wohnung 10 Pfund Sterling oder mehr beträgt. Dagegen hat in der Grafschaft nur der Eigentümer eines Freigutes (freehold), dessen Reinertrag 40 Schillinge und mehr beträgt, oder wer ein Recht auf eine aus dem Ertrage eines Freigutes zu bezahlende Rente (rent-charge) von derselben Höhe hat, oder wer ein leasehold oder copyhold von dem jährlichen Betrage von 5 Pfund Sterling entweder während des Lebens einer Person oder für eine Periode von nicht weniger als 60 Jahren besitzt, endlich der Mieter, dessen Miete zu 12 Pfund Sterling und mehr eingeschätzt worden ist, eine Stimme für das Parlament. Dies sind die Grundlinien der Wahlcensusbestimmungen. Dazu kommt eine zweite Differenz. Ein Hausbesitzer, welcher im borough nicht ansässig ist, hat keine Stimme, während der Gutsbesitzer in allen Wahlkreisen, in welchen er eins oder mehrere der eben gekennzeichneten Güter besitzt, eine Stimme haben kann. Die letzte Bestimmung hat zu schweren Mißständen geführt. Eine große Menge der zur Ernährung einer Familie unfähigen kleinen Gütchen in Irland ist geschaffen worden, um mehr Stimmen für das Parlament zu erlangen. Die berühmten faggot-voters in Midlothian, denen Gladstone in den stärksten Ausdrücken zusetzte, sind noch im Gedächtnis aller, welche sich mit englischer Politik beschäftigen. Vor den letzten Wahlen wurden aus Ställen fünfzehn zur Wahl in Middlesex berechtigende rent-charges geschaffen. Die Stimmen fielen den Söhnen verschiedner adlicher Familien zu. Den Sieg der Freihandelsprinzipien verdankt England in einigen Bezirken derselben Taktik. Bright sagte im Jahre 1845, daß er 250 000 Pfund Sterling, also 5 Millionen Mark für den Ankauf von county-votes ausgegeben habe. So erklärt sichs, daß Cobden sich im Jahre 1849 rühmen konnte, er habe 5000 freeholds im West-Riding von Yorkshire geschaffen.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bis jetzt tritt man nur für die Ausdehnung des Stimmrechts in Agitation, die Privilegien des ländlichen Grundbesitzes werden weniger angefochten, getreu dem englischen Grundsatze, immer nur wenige Forderungen auf einmal zu erheben, und verschieden von den Sitten in Deutschland, wo man zuweilen auf ganze Programmsysteme und Programmlehrbücher stößt. Die Forderung, für welche in den working men's associations agitirt wird, ist außerordentlich mäßig. Man beansprucht nicht einmal vollständige Gleichstellung mit dem borough, sondern nur die Reduktion des county-franchise von 12 Pfund Sterling auf 6 Pfund Sterling.

So wenig in den Jahren 1832 und 1867 ein einfacher und nicht mehr reformbedürftiger Wahlcensus festgesetzt wurde, so wenig vermochte man die großen Verschiedenheiten in der Vertretung der Wahlkreise auszugleichen. Gladstone behauptete in einer seiner Reden in Midlothian, daß Schottland in Anbetracht seiner Bevölkerung 70, seiner Steuern 78 Abgeordnete haben müßte. Es hat aber nur 60. Liverpool, Glasgow und Manchester mit einer Bevölkerung von ungefähr 1 500 000 Einwohnern senden zusammen 9 Abgeordnete ins Parlament, während 9 englische und irische Städte existiren, die bei einer Gesammtbevölkerung von nur 450 000 Einwohnern ebenfalls durch 9 Abgeordnete vertreten sind. Vier hauptstädtische Wahlkreise wählen bei einer Bevölkerung von 1 700 000 Einwohnern nur 8 Abgeordnete.

Es ist zweifellos, daß sich die konservative Partei, wenn nicht gegen die ganze Wahlcensusreform, so doch gegen jede Ausdehnung des Stimmrechtes sträuben wird. Sie hat schon Boden genug unter den Pächtern verloren, die nicht mehr so fest an die Solidarität ihrer Interessen mit denjenigen der Landlords glauben. Sie wird aber noch mehr Boden verlieren, wenn die Ausdehnung des county-franchise großen Massen ländlicher Tagelöhner und Fabrikarbeiter das Stimmrecht geben und damit die liberale Partei verstärken wird. Die konservative Partei wird zu schwach sein, die Maßregel zu verhindern, wenn sich ihr nicht die konservativ-liberale Gruppe der Whigs anschließt.

Die Konservativen haben Grund, von einem Reformgesetze nichts Gutes zu erwarten. Die beiden früheren Reformen öffneten einer liberalen Strömung von unwiderstehlicher Gewalt die Schleußen. Die bedeutenderen Politiker fürchten nicht bloß den Verlust der politischen Macht. Sie werden beunruhigt durch den raschen Wechsel politischer Meinungen, welchen sie die Einführung der Massen in die Wählerklassen zuschreiben, Massen, die ohne tiefere politische Bildung, ohne durchgebildeten Charakter, dem Einflusse jeder widersprechenden Stimme und leichter Veränderungen in ihrem materiellen Wohlbefinden unterworfen sind. Konnte jemand, sagen sie, im Jahre 1874 vorhersehen, daß die konservative, und im Jahre 1880, daß die liberale Partei siegen würde? Waren nicht beidemale die Parteien, welche das Staatsruder in den Händen hatten, zu den besten Hoffnungen berechtigt? Und wurde nicht beidemale die herrschende Partei be-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

siegt, das letztemal gegen alle Erwartung gerade zu erdrückt? Muß diese Erscheinung nicht einem launischen, unberechenbaren, unfaßbaren Elemente zugeschrieben werden? Schon beugt sich alles vor ihm: Unterhaus, Oberhaus und Königtum. Bald wird die Staatstheorie Rousseaus in England verwirklicht sein, und die schrankenlose, rücksichtslose Gewalt kurzlebiger wechselnder Majoritäten einen Sturm über England heraufbeschwören, in dem sich die Wogen des Proletariats, alle Kultur begrabend, über das Land wälzen.

England ist ohne Zweifel in den letzten Jahren demokratischer geworden. Die Wahlen von 1880 führten eine größere Menge angeblicher Radikalen ins Haus, Beaconsfield berechnete sie auf 125. Es ist auch nicht unwahr, daß England vom allgemeinen Stimmrechte mehr zu befürchten hat als jeder andre Staat. Die Teilung einander beschränkender Gewalten, das Gleichgewicht, welches die Staatsrechtslehrer und die Philosophen des vorigen Jahrhunderts an der englischen Verfassung bewunderten, ist längst nur noch formell vorhanden. Das Oberhaus ist zu einer registrirenden Körperschaft herabgesunken. Salisbury entschuldigte seine Einwilligung zu dem irischen Landgesetze mit dem Willen des Volkes, als ob das Oberhaus, das Haus der gebornen Gesetzgeber, staatsrechtlich etwas mit dem Willen des Volkes zu thun hätte und er sprach mit großer Gelassenheit das Wort aus, daß die Verantwortlichkeit für allen Schaden dem Unterhause zufalle, als ob dieselbe, wenn das Oberhaus wirklich eine lebenskräftige Körperschaft, wirklich ein Senat wäre, nicht auf den Schultern des Oberhauses mit derselben Wucht lastete wie auf den Schultern des Unterhauses und des Königtums. Das heißt nicht einmal geschickt abdanken. Die königliche Gewalt aber ist noch tiefer gesunken als das Oberhaus. Seit mehr als 150 Jahren ist das Veto-Recht, welches Mirabeau einst so mannhaft verfocht, nicht mehr ausgeübt worden, der Souverän fühlt bis in seine Umgebung hinein die Reihenfolge der Parteien. Die Gerichte fürchten mit der gewaltigen Macht des Parlamentes in Konflikt zu geraten, und diese fürchterliche Macht wird gelenkt von der vielköpfigen Menge — wahrlich, England mit seiner Königin, seiner aristokratischen Gesellschaft, seinen konservativen Tendenzen, seinem House of Peers, seinen unabhängigen Richtern ist eine reinere Demokratie als irgend eine Republik in der Welt. Wie viel kräftiger stehen in der Schweiz die legislativen Körper einander gegenüber. Wie stät ist das Gleichgewicht der Gewalten in den Vereinigten Staaten, wo das Ministerium kein Ausschuß der Partei ist, der Präsident nicht aus dem Ministerium hervorgeht und sein Veto bei Gelegenheit kräftig in die Wagschale wirft. Wie viel selbstbewußter uod eifersüchtiger hat sich oft der französische Senat in den elf Jahren der Republik gezeigt, und wie viel kräftiger als die englische Königin haben Thiers, Mac Mahon und Grévy regiert. Daher der billige englische Scherz: Wir haben eine Republik, aber wir bezahlen jährlich die königliche Familie, damit wir nicht Republikaner genannt werden. Denn das Wort würde uns schrecken.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Aber trotz des Zerfalls der ältern Gewalten, des Königtums und des Oberhauses, braucht die konservative Partei die Ausdehnung des Stimmrechts nicht zu fürchten. Im Gegenteil, man sollte glauben, daß ein weitsehender konservativer Staatsmann in der Gewährung des allgemeinen Stimmrechts die Ursache der Erfüllung seiner Wünsche sehen müßte. Legen wir zuerst diese Wünsche dar. Der Konservative möchte den gegenwärtigen Zustand erhalten wissen, der Tory wünscht Stärkung der königlichen Macht. Erst unter Georg III., der entschlossen war, die königliche Majestät wieder zu Ehren zu bringen, haben sich die alten Tories vollständig mit dem Hause Hannover ausgesöhnt. Mit welcher Verehrung verweilt Beaconsfield, der Schüler Bolingbrokes, der Schöpfer der Neu-Tories, in seinem „Coningsby" bei dem Bilde eines kräftigen, über den Parteien stehenden und sie zügelnden Königstums! Mit welcher Geringschätzung spricht er vom Parlamentarismus. Er hält die freie Presse für das bessere Substitut! Nun ist die Zeit gekommen, die Welt wieder „einzurenken," und sie fürchten sich!

Eins ist sicher. Wenn die Ausdehnung des Stimmrechts eine Verstärkung des radikalen Elements mit sich bringen sollte, so würde eine Spaltung in der liberalen Partei eintreten. Die Whigs würden entweder eine Mittelpartei bilden, der sich gemäßigte Konservative und selbst Liberale (Alt-Radikale — Manchestermänner) anschließen könnten, die also eine Vereinigung vom linken und rechten Centrum, sowie eines Teiles der Linken darstellen würde, oder geradezu zu den Konservativen übergehen. Die Whigs waren immer eine aristokratische Partei, Anhänger der „venetianischen Konstitution" und bereit, wenn ihre Interessen sehr gefährdet wären, die Dogenmütze in eine Königskrone zu verwandeln. Gestützt entweder auf die Zwietracht oder die Furcht eines Teiles des Hauses und auf die Zustimmung der besitzenden Klassen, könnte der König oder die Königin von England sogar ohne Staatsstreich an die Stelle der parlamentarischen Regierung die konstitutionelle Monarchie setzen. Der Geheimerat würde das dem öffentlichen Rechte nicht bekannte Kabinet verdrängen, der König sein Veto-Recht wieder hervorsuchen und durch kluge Parlamentsauflösungen, sowie durch das wieder zu Ehren kommende Oberhaus das Unterhaus zügeln. Dann wäre es an der Zeit, daß die Tories, dem Worte ihres großen Führers getreu: „Arbeit und Kapital sind Zwillinge" die soziale Frage lösten, die großen Massen auf diese Weise politisch ungefährlich machten und dem neu geschaffenen Zustande Dauer und Bestand verleihen. Denn die Massen wünschen Veränderungen der Verfassung gewöhnlich nur als Mittel, ihre Führer oft als Zweck. Ob aber die Tories in den Tagen des Glückes nicht den Rat ihres großen Führers vergessen würden to insure equality not by levelling the Few, but by elevating the Many, ist sehr zu bezweifeln. Und doch ist die Lösung der sozialen Frage die Bedingung zur Lösung aller andern; bis jetzt aber haben die fabrikbesitzenden Liberalen nur schöne Worte für die englische Landbevölkerung gehabt, und die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

landbesitzenden Tories eine Reihe von Gesetzen für die Fabrikarbeiter erlassen.

Aber würde das Volk, wird man fragen, nicht auf jeden Versuch, die Macht des Unterhauses zu schwächen, eine Revolution folgen lassen? Nein. Trotz der größeren materiellen Macht der Krone zur Zeit Georgs III., trotz anscheinend größerer Macht ist das gegenwärtige Unterhaus schwächer als vor hundert Jahren. Denn es hat an Ansehen verloren. Seine Debatten werden jetzt, da sie öffentlich sind und ein halbes Hundert Correspondenten über sie berichten dürfen, nicht mehr mit demselben Interesse gelesen, sie sind nicht mehr so ausführlich als zu der Zeit, da sie als Debatten im Senat zu Liliput gedruckt wurden. Der Grund ist einfach. Die meisten Mitglieder sind zu unbedeutend. Die ungeheuren, dem Kandidaten zur Last fallenden Wahlkosten gestatten nur reichen Leuten, im Unterhause zu sitzen. Reiche Engländer, die sich von ihren Geschäften zurückgezogen haben, betrachten es als die letzte Glorie ihres Lebens, M. P. hinter ihren Namen setzen zu dürfen. Und wenn es der Hausvater nicht wünscht, wenn er daran denkt, daß selbst die saumseligste Erfüllung der legislatorischen Pflichten die Annehmlichkeiten des Lebens beschränkt als da sind: Angeln, Schießen, Fahren, Reiten und Reisen, dann wünschen es manchmal Frau und Töchter zur Erhöhung der gesellschaftlichen Stellung. Aber es wäre falsch, diese Erscheinung allein aus der Qualität der Parlamentsmitglieder erklären zu wollen. Das regere öffentliche Leben dieses Jahrhunderts, die erstaunliche Entwicklung der Presse und die Leichtigkeit des Verkehrs bringen es mit sich, daß jede Frage hundertmal allseitig erörtert wird und spruchreif ist, ehe sie im Parlament zur Verhandlung gelangt. Die Reden der meisten Parlamentsmitglieder enthalten daher nur Erörterungen und Betrachtungen, die dem regelmäßigen Zeitungsleser, dem gebildeten Wähler schon geläufig sind.

Den allmählichen Niedergang in der Qualität des Unterhauses verhehlt man sich auf keiner Seite. Fawcett konstatirte die Thatsache vor nicht langer Zeit im Nineteenth Century. Und Gladstone sagte in seinen Gleanings (I. S. 134 u. 160), daß das Unterhaus langsam sinke, daß das Übergewicht sich nicht mehr in den Händen des Grundbesitzes, sondern des Reichtums überhaupt befinde und England in Gefahr vor einer Gerontokratie und Plutokratie sei. Ironie des Schicksals, daß das Haus, welches nach der Theorie die ungestüm vorwärtsstrebende Kraft darstellen soll, zu einem Hause der Greise, thatsächlich, nicht staatsrechtlich, ein senatus, eine γερουσία geworden ist!

Es liegt in der menschlichen Natur, unter Umständen die Lichtseiten von Zuständen zu sehen, die früher nicht genug verlästert werden konnten, an deren Entfernung mit dem Aufgebote aller Energie gearbeitet wurde. Das Parlament vor 1832 hatte Schattenseiten, welche den übermütigsten Spott und den leidenschaftlichsten Haß hervorriefen. Selten hat England eine solche Erregung gesehen wie zu der Zeit, als das Oberhaus die Reformbill verwarf. Das Volks-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

haus ist der Sklave des Adelshauses, rief man damals, die Abgeordneten beginnen ihre politische Laufbahn nicht auf der Wahlbühne, sondern in den Speisesälen und Studirzimmern des Manors. Das freie Albion wird von einer Kaste regiert! Und jetzt blickt man mit einem schmerzlichen Gefühle der Hochachtung auf dasselbe Parlament, dessen Mitglieder zum größten Teil nur formell erwählt, in der That aber in den Edelsitzen des Landes ernannt wurden. Denn der Adel hatte ein Interesse daran, talentvolle Männer nach Westminster zu senden; die talentvollen Männer waren oft jung und hatten nicht selten eine große, sichere und vielseitige Erfahrung, wenn gewöhnlich der politische Mensch sich zum erstenmal zu häuten beginnt und eine unpraktische Thorheit ablegt. Der letzte der größern Zeiten, Gladstone, gelangte unter der Ägide des Herzogs von Newcastle ins Parlament, nachdem er in Oxford sein double-first bestanden hatte. Er sprach vor nicht langer Zeit die Überzeugung aus, daß die Katholikenemanzipation nicht so rasch durchgeführt worden wäre, wenn man sie nach dem Reformgesetz eingebracht hätte, und daß der Kornzoll früher gefallen wäre, wenn das Parlament seinen Charakter bewahrt hätte.

Wenn man alle diese Umstände und Einflüsse in ihrer Koexistenz und ihrem Einwirken auf einander erwägt, kann man sich nicht darüber wundern, daß Disraeli vor fast 40 Jahren die Frage stellte, ob sich nicht unter den demokratischen Tendenzen des Zeitalters eine allmähliche Erstarkung der königlichen Gewalt verberge. Die „Provinzialkorrespondenz" sprach vor einigen Jahren die Überzeugung aus, daß sie sich in Deutschland befestige. Bluntschli bezeichnet in seiner „Geschichte des allgemeinen Staatsrechtes und der Politik" als das Bestreben unsres Zeitalters „zwei scheinbar entgegengesetzte Tendenzen, die ausgebreitete und gesicherte Volksfreiheit, und die energische Centralgewalt, oder wenn man will, die Demokratie und die Monarchie politisch zu verbinden." Darüber kann kein Zweifel sein, daß der letzte Cäsar weder gestorben noch geboren ist und daß Beaconsfields Versöhnung von Toryismus und Radikalismus in unserm Jahrhundert kaum originell genannt werden kann. Aber Bestrebungen und Tendenzen sind keine Thaten. Der Cäsar muß geboren werden, der sein Schiff von dem Strome des Zeitalters forttragen läßt und mit kräftiger Faust das Steuer zu seinen Zielen lenkt. Und wenn in dem günstigen Augenblicke England auf seinem Throne einen Phantasten, einen Schwelger oder einen Hamlet findet?

Es ist eine trostlose Sache ums Prophezeien, meinte Hume vor hundert und einigen dreißig Jahren in seinem Essay: Whether the British Government inclines more to absolute monarchy or to a republic? und führt Harrington an, der von dem Grundsatze ausgehend, daß die Machtbilanz von der Eigentumsbilanz abhänge, zu dem Schlusse gelangte, das Königtum könne in England nicht wiederhergestellt werden. Kaum sei das Buch veröffentlicht worden, als Karl II. seinen Einzug in London gehalten habe. Das

hindert Hume jedoch nicht, selbst zu prophezeien. Er faßt das Mißverhältnis des königlichen Einkommens zu dem Volkseinkommen ins Auge, welches sich damals wie 1 : 30 verhielt, den Hang des englischen Volkes zum Luxus und zur Korruption, seine Hinneigung zur Monarchie, und sieht die absolute Monarchie, die er der Volksherrschaft vorzieht, über England hereinbrechen. Seit der Abfassung jenes Essays ist die königliche Macht, abgesehen von der ersten Hälfte der Regierung Georgs III., stets gesunken. Das Verhältnis zwischen Volks- und königlichem Einkommen ist ein ganz andres geworden. Es verhält sich wie 1 : 2500. Und dennoch hat das Königtum jetzt vielleicht festere Wurzeln als vor hundert Jahren. Es ist jedoch trostlos zu prophezeien, denn niemand kann alle Kräfte voraussehen, die die Geschicke der Völker weben, noch ihre Macht richtig abmessen. Wer weiß, ob nicht der Sieg des radikalen Prinzips den englischen arbeitenden Klassen zur materiellen Wohlfahrt verhelfen und dem Lande eine Periode langen Friedens geben wird? Wer weiß, ob nicht der Zusammenbruch des Oberhauses dem Unterhause die Intelligenz und die staatsmännische Bildung des englischen Adels zuführen wird? Wer weiß, ob nicht eine Reduktion der Wahlkosten, die man auf allen Seiten herbeiwünscht, dem Parlamente junge, tüchtige, mit der historischen, staatswissenschaftlichen und philosophischen Bildung ihrer Zeit „bewaffnete" Talente zuführen wird? Und wer weiß, ob nicht beide Ereignisse das Ansehen des Unterhauses wieder heben werden?

Die Wahlkosten sind noch immer in England ungeheuer. Es werden jetzt nicht mehr so exorbitante Summen wie im vorigen Jahrhunderte bezahlt, wo eine Wahl in der Grafschaft York 150 000 Pfund Sterling, eine andre in Northhampton 70 000 Pfund Sterling kostete und sich einige Gutsbesitzer das Vergnügen, im Parlamente zu sitzen, jährlich auf 15 000 Pfund Sterling berechnen konnten. Aber auch jetzt noch ist die Ausgabe von 5000 Pfund Sterling nichts Außergewöhnliches. Die offiziellen Berichte sind nicht vollständig treu, da sie den zu Bestechungen ausgegebenen Betrag natürlich nicht aufführen können. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden, damit auch unbemittelte tüchtige Männer ins Parlament gelangen können. Man hat sich in einigen Fällen mit Subskriptionen geholfen. Auf diese Weise wurde es John Stuart Mill möglich, einen Sitz zu erlangen. Aber in vielen Fällen angewandt, würde dies Mittel bald versagen. Die jetzige Regierung sieht die Wichtigkeit der Reform ein. Sie ließ sich kürzlich über die Wahlkosten in andern Ländern berichten. Vor allem müssen die Anschauungen des englischen Volkes von Grund aus verändert werden, welches echt kaufmännisch kalkulirt, daß ein Kandidat sich durch einen Sitz im Parlamente einen Vorteil verschaffe, für den er bezahlen müsse. Wenigstens ein Teil der Wahlkosten, schlägt man vor, soll von den Wahlkreisen aufgebracht werden. Auch die Angelegenheit der nicht in der Grafschaft ansässigen Gutsbesitzer ist von einschneidender Bedeutung. Mit einem nicht einmal großen Aufwande von Kapital kann sich jemand fünfzig Stimmen verschaffen, und dieselben

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

mit einiger Energie bei der langen Wahldauer auch zur Geltung bringen. Dieser Umstand aber macht dem Kandidaten große Kosten, da mancher nicht ansässige Wahlmann für seine Reise und seine Mühe bezahlt werden will. Nun hält sich derselbe aber oft im Auslande, z. B. in Madrid, Rom oder Wiesbaden auf, und der Kandidat muß seinem Wähler, wenn er ihn an der Wahlurne sehen will, die Reisekosten vergüten.

Man ist auch zu der Einsicht gekommen, daß Bestechungen und Bestechungsversuche anders bestraft werden müssen. Nach einem Gesetze kann einem Wahlkreise wegen dieses Vergehens das Wahlrecht entzogen werden. Das heißt den Schuldigen mit dem Unschuldigen bestrafen und widerstreitet dem Geiste des konstitutionellen Staates. Gerecht dagegen würde es sein, denjenigen das Wahlrecht zu entziehen, welche es mißbrauchen, und durch Auferlegung harter Strafen dem öffentlichen Bewußtsein die Erkenntniß der Unehrenhaftigkeit eines solchen Verfahrens einzuprägen. So lange aber die Bürgermeister und die Stadträte eines borough sich teilweise mit hohen Summen bestechen lassen, wie es vor zwei Jahren noch geschah, muß die öffentliche Meinung verwirrt werden.

Das Problem, gesunde Beziehungen zwischen dem Wahlkreise und seinem Abgeordneten herzustellen, bietet mannichfache Schwierigkeiten. Es wird einer langen sittlichen Erziehung durch Wort und Schrift, ja sogar durch den Zwang des Gesetzes bedürfen, ehe die große Masse des englischen Volkes für seine Auffassung ein höheres Bild als das der Amme und des Säuglings findet. Der Wahlkreis melkt den Kandidaten, und der Kandidat verpflegt den Wahlkreis (to milk the candidate — to nurse the borough) — das ist die landesübliche Anschauung. Vor kurzer Zeit erging an einen jungen Mann, der sich dadurch in den weitesten Kreisen bekannt gemacht hat, aber auch nur dadurch, daß er eine außerordentlich reiche und alte Dame heiratete, die Anfrage, ob er geneigt sei, einen Wahlkreis zu vertreten. Der junge Mann erwiederte, daß ihm bereits — zwölf Mandate angetragen worden seien. Dazu bemerkte das radikale „Echo," der Wahlkreis dächte wahrscheinlich, man könnte diesen Kandidaten — mehr als einmal abmelken. Als vor einigen Monaten mehrere Leute wegen Wahlbestechungen bestraft wurden, ging ein Schrei der Entrüstung durch das ganze Land. Man habe so lange bestochen, hieß es, daß das öffentliche Rechtsbewußtsein nicht im mindesten dadurch verletzt werde. Es wurden Petitionen um Straferlaß in Umlauf gesetzt, und ein Geschworener war einfältig genug, in einem an eine Zeitung gerichteten Schreiben zu gestehen, daß er sein „Schuldig" nicht ausgesprochen haben würde, wenn er hätte voraussehen können, daß es zu einer Verurteilung käme. Derartige Vorgänge vermutet man gewöhnlich nur in den Ländern der Kelten, Irland oder Frankreich. Sie müssen tief auf eine Verrückung des natürlichen Verhältnisses zwischen Vertreter und Vertretenen einwirken.

Die Anschauung, daß der Wahlkreis Mandant, der Abgeordnete Mandatar ist, hat nur schwache Wurzeln in den mittleren und unteren Schichten der eng-

lischen Gesellschaft. Eine Zeitung fragte sich vor einigen Wochen, warum die „ehrenwertesten" Abgeordneten sich nicht scheuten, in Volksversammlungen demagogische Künste der niedersten Art zu gebrauchen, deren sie sich zweifellos im Unterhause schämen würden. Das Blatt gelangte zu folgender Antwort. Es faßte Wahlkreis und Abgeordneten als eine Persönlichkeit auf. Der Abgeordnete stellt den Verstand vor, der Wahlreis das Gefühlsvermögen und die physische Kraft. Wenn nun die Köpfe im Parlament einander nicht überzeugen können, so reist der eine oder der andere Kopf in seinen Wahlkreis und regt die Gefühlsseite und das Triebleben an und auf. Gelingt ihm dies in kräftiger Weise, so geraten die andern Köpfe im Parlamente in Furcht und lassen sich nun leicht überzeugen. Ein derartiger Prozeß ist die Bethätigung der Volkssouveränetät. David Syme, der vor kurzer Zeit ein Buch über die Schwächen des Parlamentarismus drucken ließ, verlangt, daß die Abgeordneten aus der usurpirten Stellung unabhängiger Gesetzgeber in diejenige verantwortlicher Vertreter zurücktreten sollen. Die radikale Westminster Review billigt diesen Vorschlag aus dem Grunde nicht, weil das Parlamentsmitglied viel klüger als sein Wahlkreis sei. Sie glaubt folglich an eine Parlamentssouveränetät. In der That ist die Sache so, daß in England eine Parlamentsmajoritätssouveränetät herrscht. Sie ist in der Hand einiger hundert reicher Männer, welche mit Geld und guten Worten am energischsten zur Gefühlsseite der Wahlkreispersönlichkeiten sprechen. Die Millionen Wähler schieben und werden geschoben.

Eine Frage möchten wir zum Schlusse noch erheben. Wie ist es möglich, daß die Zahl der Radikalen so beträchlich sein kann, wenn man die kostspieligen Wahlen in Betracht zieht? Es ist schade, daß niemals ein Romanschriftsteller oder ein Dramatiker mit einer Beobachtungsgabe wie Balzac sie besaß, die verschiedenen Typen des Radikalismus gezeichnet hat, daß die Aufgabe, welche sich Turgenieff in „Neuland" stellte, nicht in größerem Maßstabe gelöst worden ist. Er würde die furchtbarsten Kontraste, das hellste Licht und den düstersten Schatten in einem Gemälde zu vereinigen haben: den Schwung, das Feuer der Jugend und die Ernüchterung, die Kälte des Alters, ein volles, ideales Gemüt und grimmige Verbissenheit und tiefste Verbitterung, reinste Menschenliebe und giftigen Haß und Neid, höchste Intelligenz und geistige Beschränkung, eine Schwelgerei in abstrakten Prinzipien und genaueste Bekanntschaft mit der wirklichen Welt, feinste, ästhetische Bildung neben einem Gefallen an einer öden Einfachheit und Gleichheit. Eine einzige Gestalt würde nur ausnahmsweise auf seinem Gemäldefi guriren: der reiche, alte Herr. Mit Recht machte Schmoller in seiner Schrift: „Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft" darauf aufmerksam, daß die gewaltigen, reformirenden Geister an den beiden Enden der sozialen Leiter stehen.

Man sollte erwarten, daß in einer Darstellung der Reformprojekte auch der Ausdehnung des Stimmrechts auf die Frauen und der Umbildung oder Ab-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schaffung des Oberhauses gedacht würde. So sicher aber das englische Wahlgesetz zum weiblichen Stimmrechte führen muß, mag es auch im Anfange beschränkt sein, so sicher wird die Menge wichtigerer Vorlagen einen dahin zielenden Antrag von der Schwelle des Unterhauses fern halten. Die Abschaffung des Oberhauses wird aber nur dann erfolgen, wenn überhaupt der Adel in England abgeschafft wird. Der Engländer ist zu sehr davon überzeugt, daß die Abschaffung des Oberhauses den Lebensnerv des englischen Staatslebens verletzen würde. Der Adel würde zu einer Kaste herabsinken, dessen Ansprüche sich in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Bedeutung steigern würden. Das goldene Buch wäre geschlossen und der staatsmännische Eifer vieler Männer erlahmt. Ähnlichen Befürchtungen begegnet selbst eine Umbildung des Oberhauses, wie John Stuart Mill sie vorschlug.

Ob diese Reformen die schwerfällige, rostige und unzeitgemäße Maschine des englischen Parlaments wieder in Stand setzen werden, ist schwer zu sagen. Auf alle Fälle wird ihre Ausführung noch lange Zeit in Anspruch nehmen. 62 Jahre verflossen zwischen der ersten Anregung zur Parlamentsreform durch den Earl of Chatam und dem Erlaß des Reformgesetzes, nachdem die Angelegenheit fast zweidutzendmale das Parlament beschäftigt hatte. Jeder, der der Geschichte der Reform seit 110 Jahren gefolgt ist, wird auch in manchen der jetzt diskutirten Projekte liebe alte Bekannte erkennen, die sich ein neues Mäntelchen umgehängt haben und von neuen Männern vorgeführt werden. Es wäre wirklich an der Zeit, eine Geschichte der Reformprojekte zu schreiben.

Als im Jahre 1790 das Parlament über Floods Reformantrag beriet, sagte sein Gegner Windham: Warum sollen wir reformiren? Das Land ist glücklich. Die Güte eines Puddings erkennt man daran, daß er schmeckt (the proof of the pudding is in the eating.) Sollte es jetzt schwieriger sein zu beweisen, daß der Pudding schmecke, als vor 92 Jahren?

Die Royal Geographical Society in London
und die deutschen geographischen Gesellschaften.

(Schluß.)

Indem wir von der Festschrift Markhams, der wir die thatsächlichen Angaben in der ersten Hälfte dieses Aufsatzes hauptsächlich danken, und die zu den eingestreuten Bemerkungen Anlaß gegeben hat, scheiden, werfen wir noch einen kurzen vergleichenden Blick auf die entsprechenden Erscheinungen in Deutschland.

Die deutschen geographischen Gesellschaften, besonders die älteren unter ihnen, fanden bei ihrer Begründung den Boden nicht so wohl vorbereitet wie